

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 17/576**

**DIE LINKE.**

**Fraktion**  
im Niedersächsischen Landtag

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

**Christa Reichwaldt**

Parlamentarische Geschäftsführerin  
Bildungspolitische Sprecherin

Telefon + 49 (0) 511/3030-3503  
Telefax + 49 (0) 511/3030-99-3503

Christa.Reichwaldt@lt.niedersachsen.de  
www.linksfraktion-niedersachsen.de

PER EMAIL

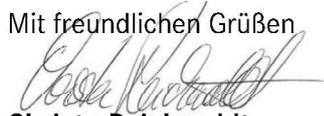
Ole Schmidt  
Ausschussgeschäftsführer  
des Bildungsausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtags

16.03.2010

Sehr geehrter Herr Schmidt,

Sie haben mich gebeten, anlässlich der Anträge 17/90 und 17/138 der Fraktionen der SPD bzw. des SSW, meine Haltung gegenüber und meine Erfahrungen mit G 8 sowie Verbesserungsvorschläge zur Umsetzung von G 8 darzulegen. Gerne komme ich dieser Bitte nach. Meine Stellungnahme finden Sie im Anhang.

Mit freundlichen Grüßen



**Christa Reichwaldt**



Bildungsausschuss  
des Schleswig-Holsteinischen Landtags

16.03.2010

## **Stellungnahme anlässlich der Anträge „Entlastung der Schülerinnen und Schüler im Rahmen des achtjährigen Gymnasiums“ der SPD-Fraktion (Drs. 17/90) sowie der SSW-Fraktion (Drs. 17/138) im Schleswig-Holsteinischen Landtag**

Das Abitur nach zwölf Jahren löst kein einziges Problem, sondern schafft vielmehr neue. G 8 wurde vor dem Hintergrund eingeführt, dass zahlreiche andere Länder ein Äquivalent zum Abitur nach insgesamt zwölf Jahren vergeben würden und deutsche SchulabgängerInnen bzw. BerufsanfängerInnen im internationalen Vergleich zu alt seien. Ich halte solche Beweggründe für falsch. Zum einen verkennt es die Situation, dass in anderen Staaten die vorschulische Bildung anders strukturiert ist und die Kinder daher früher mit dem Lernen beginnen, zum anderen gibt es in zahlreichen Staaten vor der Aufnahme eines Hochschulstudiums eine vorgeschaltete Studienphase, um die Studierfähigkeit zu erreichen. Drittens ist es nicht einzusehen, wozu man mit 19 Jahren als SchulabgängerIn zu alt sein könnte. Nahezu das ganze Leben liegt doch noch vor einem/einer. Zudem wird mit einer Verkürzung der Schulzeit um ein Jahr nicht automatisch ein Jahr bis zum Eintritt in den Beruf generiert. Die Aufnahme eines Studiums vollzieht sich nicht unmittelbar nach dem Abitur, sondern innerhalb der ersten vier Jahre nach dem Schulabschluss. Dazwischen liegen beispielsweise Wehr- oder Zivildienst, ein Freiwilligenjahr oder eine persönliche Findungsphase. Wenn die SchülerInnen nun schneller und kompakter durch das Schulsystem geschliffen werden, heißt es noch lange nicht, dass sie ein Jahr früher entwickelte Persönlichkeiten sind, die sofort ein Studium aufnehmen und dieses bis zum Ende verfolgen werden. Das Jahr, das man bei einer kürzeren Schulzeit einzusparen hofft, wird man somit später häufig wieder verlieren. Viertens sind internationale Vergleiche nicht per se der Weisheit letzter Schluss. Es sollte vielmehr auf die Qualität der Argumente ankommen und nicht nur auf die Quantität der Länder, die einen anderen Weg gewählt haben. Es schadet mit Sicherheit nichts, einen Blick über den Tellerrand zu werfen, nur heißt dies noch lange nicht, dass man sich auf einen Aspekt hier: das Schulaustrittsalter fokussieren darf und diesen mehr oder weniger losgelöst von weiteren Kontext im eigenen Hause implementieren möchte und dabei die bisherigen Überzeugungen in das Museum verfrachtet. Die wichtigsten Argumente bei dieser Entscheidung müssen bildungspolitische/pädagogische Argumente sein und nicht „alle anderen machen das auch so“ bzw. „so wird das aber viel billiger“.

Und beim Abwägen der Argumente pro/contra G 8 komme ich zu dem Schluss, dass wir den Schülerinnen und Schülern grundsätzlich 13 Jahre Zeit bis zum Abitur lassen sollten. Ausnahmen durch „Sprinter-Klassen“ oder individuelle Förderungen mag es geben und den Schulen anheim gestellt werden, aber unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist eine Schulzeitverkürzung eine unverantwortliche Belastung für alle Beteiligten. In Niedersachsen wird es den doppelten Abiturjahrgang im kommenden Jahr geben, die jetzigen ElftklässlerInnen sind also unsere „Versuchskaninchen“. Ein Blick in die Statistik zeigt, dass mit der Einführung des Turbo-Abiturs die Zahl der SchulwechslerInnen anstieg. Der Anteil der SchülerInnen, die das Gymnasium

durch einen Wechsel der Schulform verlassen haben, hat sich seit dem Jahr 2005 um 50 Prozent erhöht.<sup>1</sup> Gleichzeitig hat sich der Anteil der SchülerInnen, die von der Realschule an ein Gymnasium gewechselt sind, halbiert.<sup>2</sup> Die Verdichtung der zu leistenden Arbeit – ein Jahr weniger Zeit bei gleichbleibender Gesamtwochenstundenzahl bis zum Abitur – zeigt hier also ihren Effekt. Dies wird sowohl durch viele Petitionen, die den Niedersächsischen Landtag erreichen und die negativen Auswirkungen von G 8 zum Gegenstand haben, bestätigt als auch durch die übereinstimmenden Rückmeldungen aus G 8-Schulklassen, die den Landtag besuchen. Die SchülerInnen beklagen sich über hohen Lerndruck, wenig Freizeit und mehr als 40 Zeitstunden an realer Arbeit in der Woche. Darunter leiden soziale Kontakte, Aktivitäten in Sport, Kultur und Ehrenamt sowie das persönliche Wohlbefinden.

Solche Berichte erreichen mich nicht nur von Schulen mit unterdurchschnittlichen Rahmenbedingungen, sondern auch von Schulen, die eigentlich gut aufgestellt sind mit einem engagierten Lehrkörper, SchülerInnen aus guten sozialen Verhältnissen, einem (offenen) Ganztagsangebot und wenig(er) Unterrichtsausfall.

In der Summe überwiegen bei mir daher die Argumente gegen das Abitur nach zwölf Jahren. *Falls* man sich dennoch darauf einlassen möchte, so kann die Verkürzung der Schuljahre nur unter sehr guten Rahmenbedingungen gelingen: eine gesicherte Unterrichtsversorgung (inklusive Vertretungsreserve), flächendeckende Unterstützungsangebote in Form von Beratungslehrkräften, SchulsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen und eine gebundene Ganztagschule, in der der Unterricht sinnvoll über den ganzen Tag verteilt werden kann und Hausaufgaben und ergänzender privater Nachhilfeunterricht wegfallen und durch individuelle Fördermaßnahmen im Rahmen der Ganztagsbetreuung ersetzt werden. Solche Verbesserungsansätze wurden in Niedersachsen von der Mehrheit im Landtag abgelehnt. Ein Herumschieben von ein paar Unterrichtsstunden – etwa um Nachmittagsunterricht für Fünft- und SechstklässlerInnen zu vermeiden – führt lediglich zu einer Verlagerung des Problems in höhere Klassenstufen, in denen es jedoch pubertätsbedingt zahlreiche außerunterrichtliche Baustellen im Leben eines jungen Menschen gibt und eine deutliche Erhöhung des Unterrichtspensums nicht zur Lösung beitragen wird.

Grundsätzlich und über die G 8/G 9-Debatte hinausblickend könnte man zwischen Schule, Wissenschaft und Politik in einen ernsthaften Dialog über eine Neustrukturierung eintreten und den individuellen Lernprozess in den Mittelpunkt stellen. Bei einer Flexibilisierung der Oberstufe, die eine Verweildauer in der Sek II von zwei, drei oder auch vier Jahren ermöglicht, – möglich wäre auch über die Sek I nachzudenken – kann man die Jugendlichen dort abholen, wo sie sich befinden und unterstützt sie dabei, in dem ganz eigenen Lerntempo zu einem Schulabschluss zu kommen. Dies brächte neue Anforderungen an die Pädagogik und Lehrkräfte mit sich. Eine Diskussion, die sich um eine feste Struktur von acht oder neun Jahren dreht, hätte sich dabei jedoch erübrigt, weil der Mensch und nicht die strukturellen Vorgaben im Mittelpunkt des Bildungsprozesses stünden.

Mit freundlichen Grüßen



**Christa Reichwaldt, MdL**

---

<sup>1</sup> Gemessen an *allen* Sek-I-SchülerInnen betrug der Anteil der SchülerInnen, die ein Gymnasium verlassen haben, im Jahr 2005 0,6 Prozent und im Jahr 2008 1,0 Prozent. Dabei ist besonders der Anteil an WechslerInnen hin zu Gesamtschulen gestiegen, was zeigt, dass die SchülerInnen nach wie vor die Möglichkeit zum Abitur behalten wollen.

<sup>2</sup> Dies passiert allerdings auf niedrigem Niveau: Im Jahr 2005 waren 0,4 Prozent der GymnasiastInnen vorher an einer Realschule, 2006 waren es 0,3 Prozent, seitdem sind es 0,2 Prozent.